

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Gesamtnummer 25 241
Der für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 20,-, über Durs die Post bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 20,-.
Die 10teilige 22 von drei Heften M. 2,-, außerhalb Sachsens M. 11,-. Familien-anzahlungen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10teilige An- und Ver-kaufe M. 2,-, Nachsch. Vorzugspreise laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer M. 2,-, Sonntagsausgabe M. 3,-.

Schriftleitung und Hauptverleger:
Hertelstraße 33/40.
Druck u. Verlag v. Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Konditorei u. Café
STREHLER STRASSE 3
Uhlich 2 MINUTEN VOM HAUPTBAHNHOF
Bis und Bisgetränke

Koffer
Entferlein
Waffen-
kammer 23

Ankauf guter Bücher
Lexikon von Brockhaus u. Meyer, Romane, Klassiker, Reisebeschreibungen, Kunstwerke, Zeitschriften und andere Werke aus allen Gebieten
Buchhandlung **Joh. Schreitmüller** Antiquariat
Mautzner Straße 41 Fernruf 15688

Die deutsche Antwort auf die Sanktionsdrohung. Ausgleichszahlungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit. — Stärkere Herausziehung der Ausgleichsschuldner.

Berlin, 5. Aug. Die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der französischen Regierung in der Angelegenheit der Ausgleichszahlungen lautet: Herr Ministerpräsident! Ein. Erzelenz beehre ich mich, den Empfang der Note vom 1. August 1922 zu bestätigen. Die Reparationskommission hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 12. Juli 1922 auf Gewährung eines Moratoriums für die Ausgleichszahlungen mit Schreiben vom 18. Juli 1922 in Aussicht gestellt, daß sie ihre Entscheidung auf diesen Antrag vor dem 15. August 1922 treffen und mitteilen werde. Die Königlich Großbritannienische Regierung hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 14. Juli 1922 auf die Herabsetzung der monatlichen Ausgleichszahlungen mit Schreiben vom 20. Juli 1922 geantwortet, daß sie beabsichtigt, diese Frage mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um der deutschen Regierung eine Antwort im Namen der Gesamtheit der beteiligten Mächte zugehen zu lassen. Die Königlich Belgische Regierung hat auf den gleichen Antrag geantwortet, daß sie sich auf diesen Antrag zur selben Zeit wie über das Gesuch um ein Moratorium für die Reparationsausgleichszahlungen äußern werde. Eine Abschrift dieser beiden Noten beehre ich mich zur gefälligen Kenntnis Eurer Erzelenz beizubringen.

Die deutsche Regierung kann danach annehmen, daß bereits vor dem 15. August 1922 eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird. Sollte diese Annahme, die sich auf das Schreiben der Reparationskommission vom 18. Juli 1922 im Zusammenhang mit den erwähnten beiden Noten gründet, nicht zutreffen, so wird die deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein.

Auf die Frage der Herausziehung der privaten Schuldner zur finanziellen Abdeckung der Ausgleichsverpflichtungen wird die deutsche Regierung in ihrer Antwort zur Sache selbst, die sie sich in ihrer Note vom 1. August 1922 vorbehalten hat, besonders eingegangen. Schon jetzt sei bemerkt, daß ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf eine Herabsetzung des Berechnungssystems vorsieht, nach welchem insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen.

Eure Erzelenz bezieht die in Ihrer Note vom 20. Juli 1922 angeführten Maßnahmen namentlich als Retorsionsmaßnahmen. Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1921 ist die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligten alliierten Mächte dieses irrtümlich kündigen können. Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlung der jeweiligen Debitoren wieder Anwendung finden würden. Als Sicherung für den Fall der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles den alliierten

Mächten lediglich ein Vordrecht an dem Erlösen aus der Liquidation des deutschen Eigentums. Dem Sinn und Zweck dieser gerade für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August 1922 angekündigten Retorsionsmaßnahmen wider sprechen, zumal für eine Zahlung, die überhaupt erst am 15. August fällig ist.

Seit Eurer Erzelenz Note vom 20. Juli 1922 hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands weiter außerordentlich verschlechtert. Die Mark ist inzwischen bis auf 1/100 ihres Friedenswertes gesunken und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die deutsche Regierung eindringlich der Erwägung der französischen Regierung anheim, die Angelegenheit einer noch maligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in der anliegenden englischen und belgischen Note erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen.

London ein Wendepunkt oder eine Etappe?

In Downingstreet zu London soll in diesen Tagen Weltpolitik gemacht werden, Weltpolitik unter dem Druck französischer Erpressungs- und Gewaltandrohungen und unter der Wucht der unbeeuglichen wirtschaftlichen Tatsachen. Und wenn sich am Montag vormittag die beiden Mächten Europas, die doch in Wirklichkeit so unfrei und abhängig sind von allen möglichen politischen Faktoren der Politik, mit ihren Trabanten um den Konferenzstisch setzen, so steht dieser nur das eine fest, daß unbedingt wenigstens ein provisorischer Ausgleich gefunden werden muß zwischen den beiden diametral entgegengesetzten Standpunkten rücksichtsloserer Macht und wirtschaftlicher Engherzigkeit, daß ein Kompromiß geschlossen werden muß, durch das aber die fieberfranke Weltwirtschaft keineswegs gefunden kann. London wird — so viel steht heute schon fest — nicht die große Konferenz werden, die nach der Bankrotterklärung Deutschlands, nach den klaren Forderungen des Bankierenschießes unausbleiblich schien. Das erhellt schon daraus, daß es von den unwahrscheinlichen Plänen Lloyd Georges und Poincarés still geworden ist und daß die beiderseitigen tatsächlichen Vorbereitungen zu offensichtlich den Stempel des üblichen Fellschens, des Aufbaus künstlicher Hindernisse tragen, die man sich nachher durch Zugeständnisse der Gegenseite abhandeln lassen möchte. Mit feinsten taktischen Maßnahmen und ohne ehrliche Bereitschaft zur endgültigen Verständigung aber ist das Weltproblem der europäischen Krise, dessen Kernpunkt die Reparation und Versailles bilden, nicht zu lösen. Und so dürfte denn alles, was in London erreicht werden kann, ein neues provisorisches Provisorium sein, ohne den Grund zum wirklichen Wiederaufbau zu legen, statt des sogenannten Moratoriums vom März, unter dem wir zusammengebrochen sind, zwar eine vollständige Zahlungsstundung, aber nur für wenige Monate, da auch Poincaré eingesehen hat, daß im Augenblick deutsche Reparationszahlungen eine Unmöglichkeit sind. London wird darum nicht den Wendepunkt in der Reparationspolitik bedeuten, den wir und das unter der wirtschaftlichen Krise leidende Europa brauchen, den Wendepunkt zur Vernunft. Es wird aber auch zum Glück jedenfalls nicht den Wendepunkt bringen, den eine macht- und funktionärlüsterne französische Presse erträumt, nämlich den endgültigen Zusammenbruch der Verständigung mit England, das Außerkräften der Reparationskommission und die vollständige Handlungsfreiheit für jeden einzelnen Gläubiger gegenüber dem zusammengebrochenen Deutschland. Das würde ganz einfach den endgültigen Untergang Europas und das absolute Chaos in Mitteleuropa bedeuten, würde den Versaillesvertrag, der doch die neue Ordnung und den ewigen Frieden in Europa begründen sollte, in Felsen zerreißen und schrankenlossten Raub an seine Stelle setzen. Der Versaillesvertrag aber ist Frankreichs Heiligtum, er läßt ihm so viel Tieren zu Raub und Erpressungen offen, daß Frankreich dieses Instrument schwerlich aufgeben wird. Die Drohungen der wildgewordenen Boulevardpresse sind darum — das zeigt schon der Beschwichtigungsvorschlag des „Journal des Débats“ — nichts weiter als eine taktische Vorbereitung für London, die sich würdig den anderen französischen Maßnahmen anreihet.

Ein offizieller Kommentar.

Im Anschluß an diese Note wird von ausländischer Seite darauf hingewiesen, daß es ganz verfehlt wäre, nun etwa zu glauben, daß durch die Herabsetzung dieser Antwort in Paris die Gefahr der Anwendung der Poincaréschen Retorsionen beseitigt wäre. Vor irgendwelchem Optimismus in dieser Hinsicht müsse nachdrücklich gewarnt werden. Bis zur Stunde habe die Reichsregierung nicht die geringste Kenntnis von den Plänen, die Poincaré möglicherweise vorzuziehen will. Es sei ihr auch noch nicht bekannt geworden, ob Poincaré heute mittag schon mit der die deutsche Wirtschaft aufs aller schwerste treffenden Umkehrung seiner „Retorsionsabsicht“ in die Tat begonnen habe oder nicht. Die Lage, in der Deutschland sich jetzt befindet, gehöre mit zu den ernstesten, die ihm bisher auf seinem Leidensweg unter der frank einseitigen Gegner begeben war. Die Reichsregierung habe es aber nicht auf sich nehmen können, in der Note die Zustimmung zu geben, daß sie imstande sei, die ultimativ geforderte Fortsetzung der Ausgleichszahlungen vom 15. August ab auf sich zu nehmen, da ihr die Schwankungen des Markkurses jede Möglichkeit nehmen, festzustellen, ob sie die Zahlungen in diesem Termin leisten könne.

Die ersten Gewaltmaßnahmen Poincarés?

Massenausweisungen aus Elsass-Lothringen.
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Basel, 5. Aug. Wie die „Baseler Nachrichten“ nach Neuherungen von Entsendungsberichten, soll die französische Regierung ihre Verwaltungsorgane in Elsass-Lothringen angewiesen haben, die erste Vergeltungsmaßnahme heute mittag in Kraft treten zu lassen. Diese Maßnahme soll in der Massenausweisung deutscher Staatsbürger aus Elsass-Lothringen und in der Beschlagnahme ihres Eigentums bestehen.

Der Aufmarsch für die Londoner Konferenz. Geringe Zuversicht Englands.

Die finanziellen Vorkämpfer nicht nur auf englische Schultern. (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 4. Aug. Der Londoner Berichterstatter des „Cablogramme“ teilt mit, daß in Londoner politischen Kreisen sich immer mehr der Eindruck verstärkt, daß der Versuch Poincarés wenig produktiv sein würde, wenn nicht Frankreich etwa noch ein Projekt vorlegen sollte, das bisher noch unbeabsichtigt ist und das die Zustimmung Lloyd Georges finden könnte. Das englische Kabinett sei sehr zurückhaltend, sich jedem Versuch zu widersetzen, daß England die ganzen finanziellen Lasten des Krieges tragen sollte.

Das Schwanken der Wage zwischen England und Frankreich.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 5. Aug. Ungeachtet der scharfen Pariser Pressestimmen liegen hier Berichte vor, wonach in Paris die Auffassung Raum gewinnt, daß die Valfour-Note und die Rede Lloyd Georges keineswegs für die Anbahnung eines europäischen Ausgleichs den Weg verperren. Die „Times“ meldet, daß man in Paris den von Valfour gegebenen Erklärungen großen Wert beilegt, in denen er in Aussicht stellt, daß auch ohne Rücksicht auf Amerika England drei Viertel seiner kontinentalen Forderungen preisgeben will. Dabei ist bemerkenswert, daß „Daily Chronicle“ als Gegenleistung für einen solchen partiellen Verzicht die Herabsetzung eines politischen Ausgleichs mit Frankreich verlangt und eine Erweiterung des englischen Angebots für möglich hält. Der angekündigte Plan Poincarés erregt darum starke Beachtung, weniger wegen des konkreten Inhalts des Pariser Vorschlags, dessen Details unbekannt sind, sondern weil Poincaré damit erstmals, wenigstens unter Bedingungen, prinzipiell die Bereitschaft zu einer erheblichen Herabsetzung der deutschen Schuld ausdrücken würde. Dies bedeutet aber keineswegs, daß eine englisch-französische Einigung bevorsteht, zumal da die angebotenen Pariser Vorschläge hier und anderwärts starken Einwendungen begegnen würden und zwischen dem englischen Angebot eines partiellen Verzichts und der französischen Forderung eines totalen Verzichts ein erheblicher Unterschied vorhanden ist. Jedoch würde die Pariser Bereitschaft, die deutsche Schuld herabzusetzen, sofern sie ernst gemeint ist, das bisherige Verdict für eine neue Beratung des Morgankomitees befeitigen. England wird ebenso wie das Moratorium den erneuten Zusammentritt der Bankiers antreiben als nächste Etappe.

Poincarés Gewaltstandpunkt.

Paris, 5. Aug. Ueber die französische Auffassung, die Poincaré am Montag in England vertreten wird, verläutet in politischen Kreisen, wenn auch offensichtlich Deutschland einen großen Teil der Verantwortung auf seinem finanziellen Zusammenbruch trage, scheint es doch schwierig, die Festhaltung bestimmter Tatsachen zu erlangen, die juristisch einen abschließenden Verstoß gegen den Vertrag in der Vergangenheit beweisen. Infolgedessen könne Deutschland ein kurzfristiger Zahlungsausschub von vier bis acht Wochen für die nächsten Zahlungen gewährt werden. Deutschland müsse jedoch einwandfrei seinen guten Willen dadurch beweisen, daß es einen vollständigen Plan finanzieller Reformen annimmt und verwirklicht, wie Abgabe von 26 % des Kapitals der deutschen Industrie unternehmungen, Jubelbetriebnahme und so gar Abtrennung der staatlichen Bergwerke und Kohlen auf dem Unten Rhein. Sollte sich Deutschland weigern, sich diesen Maßnahmen zu unterwerfen oder Schwierigkeiten machen, so würde damit ein freiwilliger Verstoß offen zu Tage liegen, und die Alliierten müßten Zwangsmaßnahmen im Rheinland und Ruhrgebiet treffen, besonders durch Ueberwachung von Transportmitteln. In diesem Falle werde die französische Regierung unter eigener voller Verantwortung vorgehen, da sie diese Maßnahmen als unerlässlich betrachte. (S. L. B.)

Dollar (Amtlich): 789